

Duell um den Kreml

Wladimir Putin wird in Washington ebenso umworben wie in Berlin. Vor allem dank hoher Rohstoffpreise erlebt Russlands Wirtschaft einen rapiden Aufschwung. Doch jetzt sorgt die spektakuläre Verhaftung des reichsten Mannes im Land für weltweites Aufsehen. Droht der Staatsstreich einer Geheimdienstfraktion?



Präsidentenzentrale Moskauer Kreml, Roter Platz: „In Russland starb das zweite Mal der Kapitalismus“

Hinter den Mauern eines fünfstöckigen Zweckbaus im Nordosten Moskaus endet im August 1991 der letzte Anlauf zur Rettung der Sowjetunion. Im Untersuchungsgefängnis „Matrosenruhe“ fallen bald darauf die Zellentüren hinter KGB-Chef Krjutschkow, Verteidigungsminister Jasow und fünf weiteren Verschwörern zu. Der Versuch, mit einem Putsch gegen den Präsidenten Michail Gorbatschow die Uhr noch einmal zurückzudrehen, ist gescheitert.

Hinter den gleichen Mauern im Knast mit dem seltsamen Namen sitzt seit vorgangenen Samstag wieder einer, der der Staatsspitze zu gefährlich geworden war – Michail Borissowitsch Chodorkowski, 40, genannt „MBC“, der reichste Mann Russlands, der im Westen bewunderte Chef von „Jukos/Sibneft“, der viertgrößten privaten Erdölgesellschaft der Welt, potenzieller Gegenspieler des Präsidenten im Kreml. Und Russlands größter Steuerzahler.

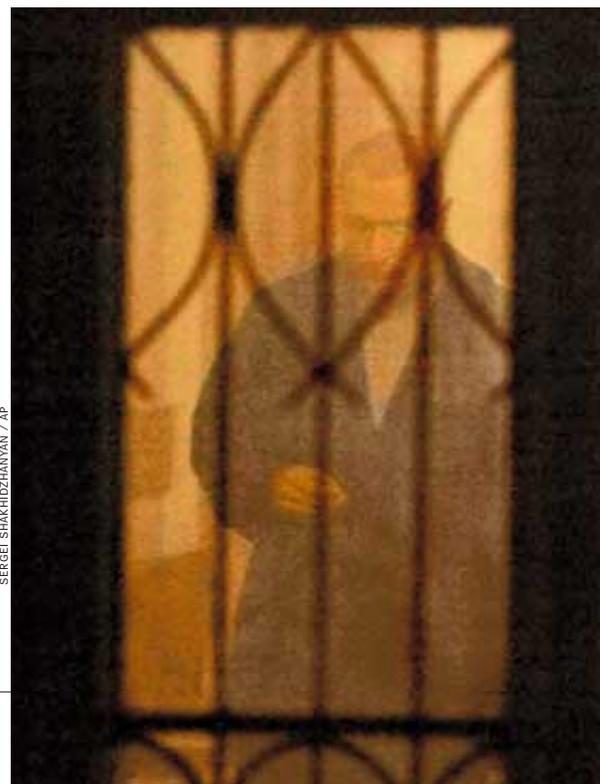
Seine Zelle samt Toilette in Abteilung 4 teilt er sich nun mit „zwei Muschiks“, wie es heißt, mit einfachen Burschen. Zum Frühstück gibt es für jeden Fischsuppe und abends Buchweizengrütze. Als Lektüre hat sich der auf bis zu neun Milliarden

Dollar Vermögen geschätzte Chodorkowski die Verfassung der Russischen Föderation erbeten. Als Nabelschnur zur Welt draußen dient ein Fernseher japanischer Bauart – gleich dem Eisschrank in der Zelle eine Spende des wohlhabenden Häftlings. Wie immer die Dinge auch laufen, die Konsumgüter sollen dem Knast „Matrosenruhe“ erhalten bleiben.

Zwischen Schadenfreude und wohligem Schauer schwankend, überbietet sich die russische Presse beim Vermelden intimster Details aus dem Sträflingsleben von Michail Chodorkowski, seit dieser in dem berüchtigten Gefängnis auf den Fortgang der Ermittlungen des Generalstaatsanwalts wartet.

Die Anklage gegen den „reichsten Häftling der Welt“ („Iswestija“) lautet unter anderem auf Untreue, Betrug, Unterschlagung und Steuerverhinderung, so bei der Privatisierung eines 20-prozentigen Aktienpakets am Düngemittelhersteller „Apatit“ 1993. Angeblicher Schaden aus allen Anklagepunkten

für den Staat: eine Milliarde Dollar. Höchststrafe: zehn Jahre Haft. Der in derselben Angelegenheit beschuldigte Jukos-Gesellschafter Platon Lebedew, ebenfalls Dollar-Milliardär, sitzt in der überfüllten Abteilung 1 desselben Gefängnisses.



SERGEI SHAKHIDZHANYAN / AP

Verhafteter Chodorkowski*
Fischsuppe und Buchweizengrütze

* Nach seiner Festnahme am 25. Oktober.



JON ARNOLD IMAGES / IFA

Dass und wie mit Chodorkowski Russlands erfolgreichster Unternehmer von bewaffneten Spezialeinheiten im Flugzeug verhaftet wurde, auf dem Weg, ausgerechnet, nach Sibirien zu einem Referat über die „offene Gesellschaft“ – in der politischen und publizistischen Elite Moskaus

hat es ein Erdbeben ausgelöst. Und auch, dass MBC, häufiger Gast bei den großen Wirtschaftsbossen des Westens und gern gesehener Gesprächspartner der Spitzenpolitiker von Washington bis Berlin, seither wie ein Hochverräter eingesperrt ist und nicht vor dem 30. Dezember dem Richter

vorgeführt werden soll. Von einem „Staatsstreich“ (Kommentatorin Julija Latynina) ist die Rede, von einem mutmaßlich bevorstehenden politischen „Schauprozess“ (Kreml-Berater Gleb Pawlowski) und von „Kapitalismus mit Stalinschem Gesicht“ (der liberale Oppositionspolitiker Grigorij

Jawlinski). In Chodorkowskis Umfeld macht das Wort vom „ersten politischen Häftling im neuen Russland“ die Runde.

Noch während die Börse in Moskau einen schwarzen Montag erlebte, der sich bis zum Donnerstag mit den dramatischsten Kursstürzen seit dem Rubel-Crash 1998 fortsetzte, kondolierte die „Iswestija“ zum Tod der neuen Ordnung: „In Russland starb das zweite Mal der Kapitalismus.“ Nach der bolschewistischen Oktoberrevolution am 7. November 1917 (25. Oktober nach dem julianischen Kalender) werde der 25. Oktober 2003 in die Geschichte eingehen – der Tag der Verhaftung Chodorkowskis.

Was ist wirklich passiert? Ist es zu einem richtungweisenden Zu-



HANS-JÜRGEN BURKARD / BILDERBERG (M.); ZAVRAZHIN KONSTANTIN / GAMMA / STUDIO X (R.)

Putin, Jukos-Ölfeld in Sibirien
Auf dem Höhepunkt der Macht

sammenstoß politischer Lager im größten Flächenstaat der Erde gekommen, wie Chodorkowski selbst es mit seiner Analyse im SPIEGEL-Gespräch vor sieben Wochen vorhergesagt hatte? Die Kampflinie in Russland verlaufe heute zwischen Leuten, „die eine Marktwirtschaft ohne Zivilgesellschaft aufbauen wollen“, und jenen, die einen freien Markt „ohne wirtschaftliche Transparenz, politischen Pluralismus und unabhängige Medien“ für undenkbar halten.

Stehen also hüben nun siegreich die viel beschworenen „Silowiki“, Leute aus Geheimdienst und Armee in Putins Umfeld, die eine vom starken Staat straff kontrollierte Volkswirtschaft erträumen? Und drüben, geschlagen, die Demokraten und Marktwirtschaftler beziehungsweise die als „Oligarchen“ geschmähten Finanzgrößen aus dem Umkreis der „Familie“, des alten Jelzin-Clans, alle zusammen idealtypisch vertreten durch Chodorkowski?

Diese Frage stellt sich nicht nur eine aufgeschreckte russische Öffentlichkeit. Seit am vorigen Donnerstag die Generalstaatsanwaltschaft in einer beispiellosen Aktion ein Aktien-Mehrheitspaket des Jukos-Konzerns beschlagnahmt hat (worüber sich sogar Premier Kassjanow „besorgt“ zeigte), seit am selben Tag Alexander Woloschin, 47, der mächtige und als Wirtschaftsfreund bekannte Kreml-Stabschef zurücktrat, herrscht auch in den Regierungszentren des Westens die Meinung vor, die Ereignisse der letzten Tage in Moskau bedeuteten eine weit reichende Weichenstellung für die Zukunft des Landes – womöglich der gesamten internationalen Politik.

In Sachen Kreml contra Chodorkowski ergeben sich seltsame Konstellationen, finden sich merkwürdige Bettgenossen: Das amerikanische Außenministerium sprach am Freitag von „ernsthaften Fragen zur Rechtssicherheit“ in Russland; EU-Kommissar Chris Patten drängt darauf, bei den europäisch-russischen Verhandlungen diesen Monat den Fall zur Sprache zu bringen. Aber auch Russlands KP-Chef Gennadij Sjuganow outet sich als Chodorkowski-Unterstützer – und damit für das Großkapital.

Auf der anderen Seite Innenminister Boris Gryslow, ein Intimus des Präsidenten: „Die Rohstoffe Russlands gehören weder bestimmten Firmen noch Personen, sondern dem russischen Volk. Und wenn ein Unternehmen diese Ressourcen verwalten darf, so heißt das noch nicht, dass es auch unsere Profite daraus privatisieren darf.“

Die überraschende Festnahme des Jukos-Chefs kann nach übereinstimmender Ansicht aller Russland-Kenner nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des Präsidenten geschehen sein. Der Zeitpunkt, den



Inhaftierter Jukos-Partner Lebedew
Angekündigte Katastrophe

ALEXANDER NARUSKIN / REUTERS / ELANCE MEDIA



Moskauer Gefängnis „Matrosenruhe“, bewachte Jukos-Zentrale: „Aufräumen mit den Oligarchen wie

ANDREY RUDANOV / CAPITALS EYES / ELANCE MEDIA

er für sein Vorgehen wählte, macht die Sache noch mysteriöser. Putin befindet sich, zumindest von außen betrachtet, auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er wird vom amerikanischen Präsidenten ebenso umworben wie von den politischen Führern in Peking, Paris und Berlin.

Seine Wiederwahl als Präsident im nächsten Frühjahr gilt wie der Sieg ihm nahe stehender Parteien bei der Parlamentswahl in fünf Wochen als ungefährdet. Und besonders Russlands Wirtschaft läuft bei den hohen Erdöl- und Erdgaslösungen so gut, dass jeder Eingriff der Politik Verwunderung auslösen muss: Im Juni 2002 erhielt Russland nicht nur eine satte Fi-

nanzspritze von 20 Milliarden Dollar zur Entsorgung seines Atomwaffenmülls, sondern wurde auch in den Club der Reichsten und Wichtigsten aufgenommen, als Nummer acht. In den ersten neun Monaten 2003 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um mehr als sechs Prozent. Die Devisenreserven sind mit 60 Milliarden so hoch wie lange nicht, die Börse boomte bis Anfang letzter Woche. Bis vor wenigen Monaten, als die Schikanen gegen Jukos begannen, floss internationales Kapital ins Land – Russland war gerade unter die Top-Ten-Länder der internationalen Investoren vordrungen.

Mehr noch: Nach Jahren des vulgären Raubtierkapitalismus begann sich nicht nur



Putin, Chodorkowski (am 14. März 2002 im Kreml): „In Ruhe das große Geld verdienen“

TAR-TASS / BILDBERG



HEINZ TESAREK / LAIF

Napoleon Bonaparte mit der Republik Venedig“

im reichen Moskau (Europas teuerster Stadt), sondern auch in St. Petersburg und einigen der Wolga-Städte so etwas wie eine Mittelklasse herauszubilden. „Dass ein neues Russland, unabhängig, wohlhabend, dem Westen zugewandt, entstehen könnte – diese Entwicklung bleibt noch weit entfernt. Aber zumindest scheint so etwas nicht mehr gänzlich undenkbar“, schrieb gerade erst der amerikanische Autor und Russland-Kenner David Remnick.

Haben die erstaunlichen Vorgänge in Moskau womöglich auch eine persönliche Komponente, lassen sie sich teilweise aus der Rivalität zwischen zwei unterschiedlichen Persönlichkeiten und ihres Werde-

gangs erklären? Oder stehen Putin und Chodorkowski für völlig gegensätzliche Auffassungen von Politik und Wirtschaft?

Die beiden großen Gegenspieler wurden in ihrer Jugend vom sozialistischen System geprägt, sie waren Kinder von Marx und Mangelwirtschaft, ehrgeizige Aufsteiger. Die beiden lernten sich gut kennen – und blieben sich doch bis heute zutiefst fremd. Was vielleicht auch daran liegt: Ihre Sozialisation verlief, bei aller Parallelität ihres Aufstiegs, völlig unterschiedlich.

Putins Großvater arbeitete als Koch auf einer Stalin-Datscha, sein Vater wurde im Kampf gegen Hitlers Truppen verwundet,

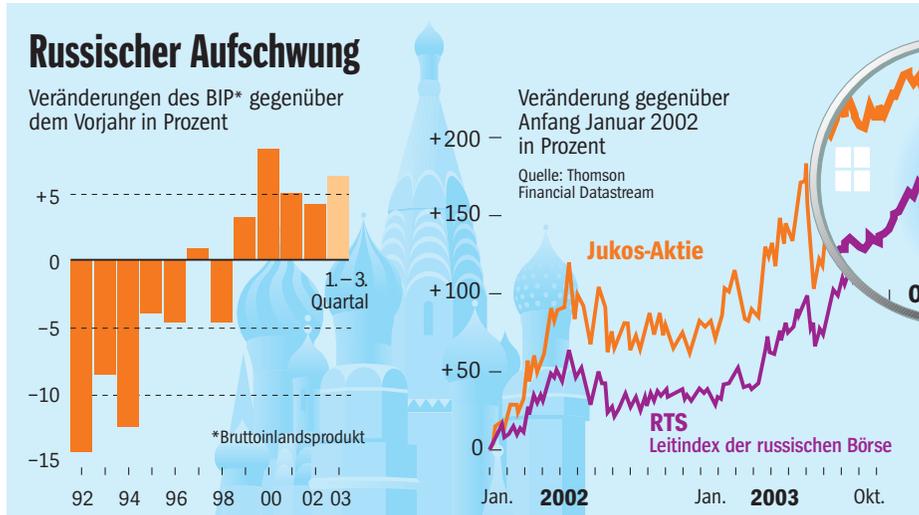
seine Mutter verhungerte fast bei der Belagerung von Leningrad. Wladimir, Jahrgang 1952, wuchs in einer der schönen Kommunalkas der Stadt auf, kein Bad, kaum heißes Wasser, aber Ratten jede Menge. Von Jugend an hatte er einen Traum: „Ich wollte für den Geheimdienst arbeiten. Mich faszinierte, dass ein Spion erreichen konnte, was ganze Armeen nicht schafften – das Schicksal Tausender Menschen zu verändern.“

Er schlich um die KGB-Zentrale Lenins, sprach Offiziere an, die ins Gebäude hineingingen, erkundigte sich nach dem idealen Werdegang. Als Putin hörte, Juristen würden bevorzugt, schrieb er sich an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ein, streute immer wieder zielstrebig seinen Karrierewunsch. Im vierten Studienjahr wurde das KGB endlich auf den Mann aufmerksam, der die Agenten wie ein Schatten verfolgte. „Säuberungen (wie unter Stalin im Geheimdienst) schrecken mich nicht ab. Ich war ein höchst erfolgreiches Produkt patriotischer Sowjetzerziehung“, sagte Putin einmal in einem Interview.

Der letzte Satz könnte auch von Chodorkowski, Jahrgang 1963, stammen – und doch lagen seine Ziele ganz woanders. Der einzige Sohn einer Arbeiterfamilie war ein brillanter Schüler, bald auch Mitglied beim KP-Jugendverband Komsomol. Schon in frühen Jahren hat Michail sich für eine Führungsaufgabe in der Wirtschaft entschieden: „Ich wollte Werksleiter werden.“

Der Jungkommunist studierte Chemietechnologie am prestigeträchtigen Moskauer Mendelejew-Institut. Als bester Student sollte er sich seine Stelle aussuchen dürfen; doch der gewünschte Posten in einem Rüstungskonzern wurde ihm „aus Sicherheitsgründen“ verweigert – in Chodorkowskis Pass stand unter Nummer fünf: „Jude“. Der Ehrgeizige schluckte die Ungerechtigkeit hinunter und verfolgte seine Karriereplanung nur noch zielstrebig. Auch mit dem Ziel, es ihnen heimzuzahlen und das ungerechte und ineffiziente Sowjetsystem, wo und wie auch immer möglich, erfolgreich zu unterlaufen. Da nutzte es, dass MBC beim Komsomol die Beiträge kassiert und beste Kontakte zu führenden Genossen geknüpft hatte.

Der Tag, der die Welt politik grundlegend veränderte, prägte auch Putins wie Chodorkowskis Schicksal: der 10. März 1985. Generalsekretär Tschernenko war gestorben, nach dem Ableben Breschnews und Andropows nun schon der dritte Tod eines greisen KP-Chefs in zweieinhalb Jahren. Der Kreml-Chefarzt benachrichtigte Michail Gorbatschow, das jüngste Mitglied des Politbüros. Das einigte sich innerhalb weniger Stunden auf den 54-Jährigen als neuen Generalsekretär. Und innerhalb weniger



Monate leitete der mit seiner Politik von Perestrojka und Glasnost einen revolutionären Wandel ein.

Putin wurde in diesem Jahr in die DDR versetzt, ein KGB-Offizier im zweiten Glied, ein eher unauffälliger Bürokrat: intelligent, kompetent, kompatibel für jedes System. Dass der Mann des Apparats von den Wellen des Wandels in seiner Heimat so weit nach oben gespült werden würde, ahnte damals noch keiner. Und doch zeigte er bald seine erstaunliche Befähigung, mit den richtigen Leuten zu paktieren. „Ich bin ein Spezialist für menschliche Beziehungen“, sagte der eisschränkkühle Putin schon damals – und bewies es, als er sich nach der Rückkehr aus der DDR und der Auflösung der Sowjetunion 1991 sofort einem der kommenden Männer an die Hand und später Vize des Leningrader Reformoberbürgermeisters Anatolij Sobtschak.

Chodorkowski hatte schnell begriffen, dass seine Zukunft in den Freiräumen lag, die in der aufbrechenden Gesellschaft entstanden. Zunächst nutzte MBC die Experimentierfelder, die der frühere Komsomol-Aktivist Gorbatschow ausgerechnet der KP-Jugendorganisation zugestand. Der Verband wurde zu einer marktwirtschaftlichen Oase in der Planwirtschaft, die Partei-Kids durften neue Produkte entwerfen und gegen Entgelt Staatsfirmen beraten. Chodorkowski ließ Matroschka-Puppen mit Gorbatschow-Porträts herstellen, verkaufte auf den Märkten – wie er zugab, auch verschnittenen – Brandy; bald genügte ihm dieser Kleinhandel nicht mehr.

Als die alten sowjetischen Zollbestimmungen nicht mehr galten und die neuen russischen noch nicht geschrieben waren, machte sich MBC das clever zu Nutze: Er verlegte sich auf den höchst lukrativen Import von Computern. „Wissentlich brach ich kein Gesetz“, sagte er. „Aber als ein Modellbürger der damaligen Zeit will ich mich nicht aufspielen. Es lief in dieser Übergangszeit der russischen Gesellschaft sicher nicht alles so, wie man das in reifen Gesellschaften erwarten würde.“

Seinen Durchbruch schaffte Chodorkowski mit der Gründung seiner Privatbank Menatep, einer der ersten in Russland. Immer wieder gab es Gerüchte, dabei hätten dem jüdischstämmigen Russen einflussreiche Israelis mit ihren Verbindungen geholfen; unbestreitbar ist, dass neben MBC mit Boris Beresowski, Wladimir Gussinski, Roman Abramowitsch noch



Jukos-Raffinerie in Sibirien: Knapp eine Milliarde Dollar Gewinn allein im zweiten Quartal

einige andere in die Top-Liga der Oligarchen aufstiegen, die in ihrem russischen Pass den diskriminierenden und in „normalen“ Zeiten aufstiegshemmenden Vermerk hatten.

MBC war mit 27 Jahren der Jüngste in der Reihe von Wirtschaftsführern, die Gorbatschow 1990 zum Gedankenaustausch in den Kreml bat. Ein Jahr später setzte Chodorkowski politisch wieder auf die Richtigen. Beim Putsch der Altkommunisten ver-

teidigte er, an der Seite Jelzins, das Parlament. Der Wirtschaftsfachmann hatte da schon erkannt, wo das ganz große Geld lag: MBC wollte ins Erdölgeschäft, sich einen Konzern aufbauen – da war er wieder, der Jugendtraum vom allseits respektierten „Werksdirektor“, in neuen Dimensionen.

Mitte der Neunziger erreichte Russlands Raubtierkapitalismus seinen Höhepunkt. Jelzin hatte 1992 die Preiskontrolle weitgehend freigegeben und die Privatisierung

Russlands Wirtschaftsbosse



HEINZ S. TESAREK

Michail Chodorkowski, 40
Branche: Öl (Jukos/Sibneft)
Haupteigner der Group Menatep, die den Ölmulti Jukos kontrolliert. **Verhaftet** am 25. Oktober 2003.
Geschätztes Vermögen:
8 bis 9 Mrd. US \$



IMAGO/SPORTPRESS / STACCIOLI

Roman Abramowitsch, 37
Branche: Öl (Sibneft), Aluminium (RusAl)
Verkaufte 2003 Sibneft an Jukos. Beteiligungen an drei Dutzend Firmen.
Geschätztes Vermögen:
5,7 bis 8,3 Mrd. US \$



KOMMERSANT PHOTO AGENCY

Platon Lebedew, 46
Branche: Öl
Sieben-Prozent-Anteilseigner und Direktor von Menatep. **Verhaftet** am 2. Juli 2003.
Geschätztes Vermögen:
1 Mrd. US \$



VIKTOR KOROTAYEV / REUTERS

Wiktor Wexelberg, 46
Branche: Öl (TNK-BP), Aluminium (SuAl)
Der Vorstand von TNK verkaufte die Hälfte des Unternehmens an BP.
Geschätztes Vermögen:
2,5 Mrd. US \$

der kleineren Betriebe, später auch wichtiger Staatskonzerne eingeleitet. Die Angestellten erhielten Anteilsscheine. Sollte geplant gewesen sein, mit diesen „Vouchers“ eine breite Schicht von Eigentümern zu schaffen, wurde dieses Ziel gründlich verfehlt. Die galoppierende Inflation ließ den Wert der Papiere dramatisch sinken, und fast immer schafften es skrupellose Geschäftemacher in Zusammenarbeit mit „Insidern“, die Kleinaktionäre über den Tisch zu ziehen. Die einfachen Leute mussten sich mit volkswirtschaftlich unproduktiven Tauschgeschäften behelfen und arbeiteten illegal. Die „Schattenwirtschaft“ machte zeitweise über 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Chodorkowski machte im Dezember 1995 den Deal seines Lebens: Er schaffte es, dass seine Bank die Versteigerung der Aktienmehrheit des Ölkonzerns Jukos durchführen durfte, und trickste dabei ausländische und inländische Interessenten aus. MBC zahlte den Spottpreis von 410 Millionen Dollar, eine Summe, die er – Beleg für beste Beziehungen zum Kreml – größtenteils über zukünftige Öllieferungen an den Staat finanzierte. „Politik interessierte mich damals nur in dem Maß, wie sie Geschäfte förderte oder hinderte“, sagt Chodorkowski im Rückblick auf die wilden Jahre. Wie so viele Oligarchen verschachtelte er sein Imperium mit Firmen auf Zypern und der Isle of Man.

Anfang 1996 drohte den Oligarchen der GAU: Ihr Förderer Jelzin stand wegen der wirtschaftlichen Unzufriedenheit im Land vor einer Wahlniederlage gegen die wiedererstarkten Kommunisten unter ihrem Chef Sjuganow. Der Stab des oft kranken und alkoholisierten Präsidenten dachte sogar an die Inhaftierung politischer Gegner, um einen Sieg der Kommunisten zu verhindern. Da taten sich die Oligarchen, die sich gelegentlich belauerten, aber öfter auch konspirativ in einer Villa auf den Mos-

kauer Sperlingsbergen trafen, zu einem Zweckbündnis zusammen: Sie finanzierten Jelzins Wahlkampf, heuerten amerikanische PR-Profis an, steuerten die Medien.

Der Präsident konnte den Trend drehen. Er sah sich jedoch nach seinem Sieg einer immer dreister agierenden Oligarchen-Riege gegenüber, die offen eine „Regierung der Konzerne“ forderte. Oder zumindest eine Riege unverbraucher, wirtschaftsfreundlicher Politiker in hohen Ämtern. „Damals fiel in unseren Kreisen der Name Putin“, erinnert sich Chodorkowski.

Der Geheimdienstmann aus Leidenschaft war nach Sobtschaks Wahlniederlage in der nun wieder St. Petersburg heißenen Newa-Stadt 1996 in die mächtige Vermögensabteilung der Kreml-Verwaltung gerückt und hatte sich mit um den Wahlsieg Jelzins verdient gemacht. Im Juli 1998 ernannte ihn der Präsident zum Chef des FSB, der KGB-Nachfolgeorganisation, wo er wieder mit preußischer Disziplin seine Pflicht erfüllte. Aber nicht einmal ein Prozent der Russen dürfte den



Rettung verschütteter Kumpel*: Nicht älter als 59 Jahre

Jelzin sah sich nach seinem Sieg einer Oligarchen-Riege gegenüber, die eine „Regierung der Konzerne“ forderte.

Mann mit dem Pokerface beim Namen gekannt haben, als Jelzin ihn im August 1999 zum Premier und nach seinem dramatischen Verzicht Silvester 1999 sogar zu seinem Nachfolger machte.

Der neue Mann im Kreml, bei seinem Amtsantritt 47 Jahre, wirkte im Vergleich zu seinem Vorgänger vor allem gesund und dynamisch. Er gab sich offen, reformfreudig – wie sein ganzes Leben lang schon als Mann ohne Grundsätze, aber als einer mit dem Gespür für Strömungen und dem rich-

tigen Riecher zur Konsolidierung seiner Macht. „Wie eine leere Leinwand“ erschien Putin dem Unternehmer und Ex-Kommunisten Wladimir Semago. Bald schon herrschte Gedränge an der Staffelei – viele wollten ihre Farbe auftragen; forderten Schritte Richtung Rechtsstaat oder Polizeistaat, Manchester-Kapitalismus oder Sozialdemokratie.

Die Oligarchen dachten wohl, sie hätten den in Regierungsgeschäften so Unerfahrenen in der Tasche. Aber das glaubte auch der Jelzin-Clan: Im Gegenzug zu Jelzins Förderung hatte er dem Vorgänger nicht nur die Datscha, den Dienstwagen und die Immunität vor einer wegen eventueller Korruption ermittelnden Justiz zusichern müssen; Putin hatte auch Mitglieder aus der „Familie“ in führenden Positionen zu übernehmen. Von diesem Team, bestehend zuvorderst aus der Jelzin-Tochter Tatjana Djatschenko, deren späterer Ehemann Walentin Jumaschew und dem Kreml-Stabschef Alexander Woloschin blieb nur der Letzte. Der hielt enge und wohl sehr lukrative Kontakte zu den Oligarchen.

Wollte Putin nicht zur Marionette der Milliardäre werden, musste er seine eigene Hausmacht erweitern. Der Präsident mag damals noch nicht gewusst haben, in welche Richtung er Russland führen soll (und weiß es womöglich bis heute nicht), aber ganz sicher schwebte ihm als lebenslangem Autokraten ein auf den Kreml ausgerichtet, starker Staat vor.

Putin rekrutierte seine Mannschaft aus dem Kreis der Geheimdienstvertrauten und dem Militär. Diesen „Silowiki“ („Kraft und Gewalt“) waren die superreichen Wirtschaftsführer zutiefst suspekt: Während für das Militär kaum Geld vorhanden war und etwa der Kapitän des Atom-U-Boots „Kursk“ 200 Euro im Monat verdiente, zahlten die Oligarchen diese Summe in

* Am 25. Oktober im südrussischen Bergwerk „Sapadnaja“.

DER SPIEGEL



NICHOLL / LAIF

Michail Fridmann, 39
Branche: Finanzgruppe Alfa
Die Bankgruppe beeinflusst zahlreiche Firmen, z. B. TNK-BP (Öl).
Geschätztes Vermögen: **2,4 bis 4,3 Mrd. US \$**



FOTOREPORT_ASTAKHOV/DPA

Oleg Deripaska, 35
Branche: Aluminium (RusAl)
Haupteigner von RusAl, Holding kontrolliert Flugzeug-, Auto-, Energiefirmen und Versicherungen.
Geschätztes Vermögen: **1,5 bis 1,8 Mrd. US \$**



NICHOLL / LAIF

Wladimir Potanin, 42
Branche: Finanzgruppe Interros
Engagiert in den Branchen: Metall, Maschinenbau, Versicherungen.
Geschätztes Vermögen: **1,8 Mrd. US \$**



PAWEL KASSIN

Wagit Alekperow, 53
Branche: Öl (Lukoil)
Lukoil ist nach Jukos/Sibneft der zweitgrößte Ölkonzern Russlands.
Geschätztes Vermögen: **1,3 Mrd. US \$**



HANS-JÜRGEN BURKARD / BILDBERG

Moskauer Szene-Party, demonstrierende KP-Anhänger, Obdachloser in U-Bahn-Schacht : „Ich erkannte, dass sowohl der Sowjetkommunismus

ihren Nobelrestaurants lässig für den Desertwein. Manche Silowiki träumten wohl auch von der großen Chance, selbst abzukassieren – etwa bei der Umverteilung der Rohstoff-Ausbeutung.

Putin hielt zunächst geschickt die Balance zwischen den rivalisierenden Gruppen: Er machte das byzantinische Austarieren zwischen Geheimdienstlern und Ex-Jelzinisten zu seinem Regierungssystem. Der Präsident ging rigoros vor. Er ließ seine Truppe wieder in die abtrünnige Tschechenen-Republik einmarschieren. Er setzte sieben Generalgouverneure ein und brach die Macht der unter Jelzin erstarkten Provinzfürsten – schön für die Silowiki, für die neue Posten bei Personalpolitik und Finanzkontrolle offen standen.

Er schuf immerhin auch einen einheitlichen Einkommensteuersatz von 13 Prozent. Und er bot den Unternehmern ein Abkommen an: Die Oligarchen sollten „patriotisch“ für die Putin-nahen Parteien spenden, pünktlich Steuern zahlen und die Kreise des Kreml-Herrn nicht stören – „dann könnten sie in Ruhe weiter das große Geld verdienen“ (Chodorkowski).

Zwei aus der Oligarchen-Riege aber sahen sich schon damals als Politiker. Beresowski war mit Deals im Transportwesen, mit Banken- und Erdölgeschäften milliarden-schwer geworden. Gussinski hatte mit groß angelegten Kupferexporten und durch Immobilien- und Baustoff-Handel ein Imperium geschaffen. Die beiden stiegen auch groß ins Mediengeschäft ein – und hielten sich nicht mehr an Putins Pakt. Sie bekamen die Konsequenzen schmerzlich zu spüren. Sie wurden mit einigen möglicherweise berechtigten, aber auch vielen zurechtzimmerten strafrechtlichen Vor-

würfen konfrontiert, bis sie sich entnervt ins Ausland absetzten. Fast alle anderen aus der Oligarchen-Riege gaben sich Kreml-konform. Bis auf Michail Chodorkowski, der für den Präsidenten, für die Silowiki, aber auch für einen Teil der ehemaligen Jelzin-Truppe und sogar für seine Wirtschaftskollegen langsam, aber sicher unbehaglich wurde.

„Ich erkannte in meinem dritten Leben, dass sowohl der Sowjetkommunismus als auch der Räuberkapitalismus falsch waren“, sagte Chodorkowski. „Ich begriff die Überlegenheit einer transparenten Firmenführung und führte sie bei Jukos, zusammen mit einer internationalen Überprüfung der Bilanzen, in aller Form ein.“ In den USA habe der Übergang von den „Räuberbaronen“ zu den verantwortlichen Unternehmern, etwa bei der Familie der Rockefeller, drei Generationen gebraucht, sagte er mit Maßanzug und Seidenkrawatte gestyler Chodorkowski dem SPIEGEL in seinem neuen Firmenpalast. In Russland sei das – in seiner Person – innerhalb von zehn Jahren geglückt.

Keine reine Prahlerei: Der Mann habe sich vom „Schmuddelkind zum Musterkna-ben“ entwickelt, fand auch die „Frankfurter Allgemeine“, vom skrupellosen Oligarchen zum Verfechter eines westlich orientierten „Corporate Governance“. MBC rettete mit einer Finanzspritze von 100 Millionen Dollar ein traditionsreiches Unternehmen der kapitalistischen Welt, den vom Konkurs bedrohten norwegisch-britischen Anlagen- und Schiffbaukonzern Kvaerner, und sicherte so 30 000 Arbeitsplätze. Einen „Zusammenbruch der Stereotypen“, konstatierte daraufhin nicht ohne Stolz die russische Zeitung „Nowyje Iswestija“.

Chodorkowski war Michail-im-Glück. Es zeigte sich, dass Jukos auf riesigen, noch unerschlossenen Erdölreserven saß. Zwar muss in Russland jeder Konzern, der Rohstoffe fördert, relativ hohe Abgaben an den Staat zahlen – Förder-, Mehrwert-, Export-, Unternehmensteuer und Sozialabgaben –, aber dank der Reserven (weltweit gut fünf Prozent aller nachgewiesenen Vorkommen bei Erdöl) und der niedrigen Löhne wirft diese Branche hohe Gewinne ab. Jukos investierte, senkte die Kosten, schaffte neues Gerät an. Aber MBC knüpfte, womöglich ohne Rücksprache mit dem Kreml, Milliarden-Deals im Westen – und weckte das Misstrauen Putins.

Dabei hatte der Präsident dem Jukos-Konzern noch am 10. April herzlichst zum 10. Geburtstag gratuliert: „Indem sie kompetent moderne wissenschaftliche und technische Errungenschaften anwenden, beschreitet Jukos zuversichtlich den Weg des stabilen Wachstums“, hieß es in der präsidentialen Glückwunschartikel. Und weiter: Effektive Arbeitsorganisation, hohe Professionalität und die Verantwortungsbereitschaft der Angestellten ermöglichten es der Gesellschaft, ihre Position auf in- und externen Märkten nicht nur zu halten, sondern auszubauen.

Doch als MBC auch bei Reden im Ausland, zuletzt im September im Berliner Hotel Adlon in Anwesenheit von Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die Korruption, die Parteienfinanzierung und die mangelnde Rechtssicherheit in Russland scharf anprangerte, erschien der Zar des schwarzen Goldes mehr und mehr als Gegenspieler des Zaren im Kreml. Zumal, als er eine Regierung forderte, die nur dem Parlament verantwortlich sein sollte



MISHA JAPARIDZE / AP (M.); HOLLÄNDSE HOOGTE / LAF (R.)



als auch der Räuberkapitalismus falsch waren“

(Putin: „Ein gefährlicher Vorschlag“). Vor einigen Monaten begann er in großem Stil, die Putin-kritischen liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte zu unterstützen. Trotz Chodorkowskis Dementi hielten sich hartnäckig Gerüchte, er wolle selbst in die Politik – und im Jahr 2008, dann 45 Jahre alt, selbst Präsident werden.

Wie die Chronologie eines angekündigten Machtkampfs lesen sich dann die Ereignisse der letzten Monate in Moskau, und Putin, der Präsident, scheint im Konflikt mit dem reichsten Mann des Landes nur eine der tragenden Rollen zu spielen. Manchmal wirkt er wie derjenige, der die Konfrontation gezielt auf die Spitze treibt, manchmal wie ein Getriebener.

Trotz Chodorkowskis Dementi hielten sich Gerüchte, er wolle im Jahr 2008 selbst Präsident werden.

Im Februar 2003, beim bisher letzten Treffen Putins mit den Oligarchen im Kreml, beschuldigte Chodorkowski die staatliche Ölfirma Rosneft vor laufenden Kameras der Korruption. Es ging um Ungereimtheiten bei der Übernahme der Firma Sewernaja Neft und um kursierende Gerüchte, die stellvertretenden Leiter der Kreml-Administration, Wiktor Iwanow und Igor Setschin, hätten beim Zustandekommen dieses Geschäfts vitale Eigeninteressen verfolgt.

Putin war wütend über Chodorkowskis Angriffe, nicht zuletzt, weil die Silowiki Iwanow und Setschin seine engsten und treuesten Weggefährten sind. Er kennt sie schon aus Zeiten beim Leningrader KGB. Wenn es Chodorkowski um unsaubere Ge-

schäfte gehe, solle der sich lieber mit der Entstehung seines eigenen Imperiums befassen, sagte ein aufgebrachter Präsident. „Wir wissen, wie die Oligarchen zu ihren Milliarden gekommen sind“, fügte er später drohend hinzu.

Nur einmal noch, nach der Besiegelung der Super-Fusion mit dem Konkurrenten Sibneft, traf Putin Chodorkowski, dem er im Rahmen der Energiepartnerschaft mit den USA schon sein Einverständnis für einen Einstieg amerikanischer Investoren bei Jukos signalisiert haben soll. Anfang Juni tauchte aus der geheimdienstnahen Denkfabrik „Rat für nationale Strategie“ ein Memorandum auf, in dem vor einem Putsch der Oligarchen gewarnt wurde – mit Chodorkowski an erster Stelle unter den potenziellen Anführern. Der dringende Rat der Autoren an die staatliche „Machtmaschine“: mit den Oligarchen aufzuräumen „wie Napoleon Bonaparte mit der Republik Venedig“ – durch Zerschlagung. Der Generaldirektor des Rates und Co-Autor des Papiers, der Polit-Technologie Stanislaw Belkowski, der neuerdings gern von der „Wiederherstellung des Imperiums“ in den Grenzen der Sowjetunion spricht, gilt als Vertrauter der Putin-Treuen Iwanow und Setschin.

Wenig später reichte der Direktor der von Chodorkowski beschuldigten Staatsfirma Rosneft Klage gegen Jukos ein. Und am 2. Juli wurde mit dem Chodorkowski-Partner Lebedew die erste Schlüsselfigur von Jukos verhaftet. Der Showdown war damit in Sicht.

Was Putin und seine Geheimdienstfreunde in der Jukos-Frage einte und zur Eile antrieb, war wohl die Furcht davor,

mit dem „Aufgeben“ der Rohstoffe ein Hauptinstrumentarium zur Kontrolle des Staates zu verlieren. Im Fadenkreuz steht Chodorkowski, weil er als Mann der USA gilt, als eine Art Trojanisches Pferd des Westens. Besonders misstrauisch beargwöhnen die Nationalisten auch, dass MBC seine Konzernspitze mit internationalen Managern versehen hat: Im Vorstand haben Amerikaner und Franzosen das Sagen.

Knapp eine Milliarde Dollar Gewinn hat Jukos allein im zweiten Quartal 2003 erwirtschaftet. Langfristiges Wachstum durch den Zugang zu fremden Märkten sollte nun die strategische Partnerschaft mit einem US-Riesen sichern helfen. Doch als im Herbst bekannt wurde, was Putin schon länger wusste, dass nämlich der US-Konzern Exxon erwägt, für 25 Milliarden Dollar 40 Prozent der Jukos-Aktien zu übernehmen, bot sich für das nationale Lager die Gelegenheit zum Eingreifen.

Einer wie Chodorkowski, der mit Hilfe ausländischen Kapitals noch größer werden will, während er gleichzeitig eine Anti-Putin-Koalition vor der Duma-Wahl am 7. Dezember zu schmieden versucht, und mit Computerkursen und einer Stiftung namens „Offenes Russland“ für einen modernen Staat warb – so einer kann auf Verständnis der Silowiki nicht rechnen. Die Geheimdienstler und Armeeangehörigen halten inzwischen in höheren Staatsämtern Russlands durch Putins gezielte Kaderpolitik über ein Viertel aller wichtigen Posten. Ob Ölvorräte oder Pipelines, Organe der Justiz oder politische Parteien – im Reich von Putins „gelenkter Demokratie“ hat alles seinen festen Platz.

Das heißt: Alle Macht geht von oben aus. Die elektronischen Medien sind im



Moskauer Valuta-Börse: Dramatischste Kursstürze seit dem Rubel-Crash 1998

vierten Regierungsjahr Putins unter Kontrolle, einen wirtschaftlich unabhängigen Fernsehsender gibt es nicht mehr. Die Berichterstattung über den Wahlkampf ist durch ein neues Mediengesetz massiv reglementiert. Die Zeitungen, in denen kontrovers diskutiert wird, erreichen die Provinz nicht oder kaum. Das Parlament ist weitgehend gleichgeschaltet und als konstitutionelles Kontrollorgan so gut wie wirkungslos. Legion sind die Geschichten, wie per Pager-Signal der Putin-Vertraute Igor Setschin vor wichtigen Abstimmungen die nötigen Mehrheiten zusammentrommelt.

Und obwohl im Jahre zwölf nach dem Ende der Sowjetunion die Bevölkerung von durchschnittlich rund 200 Euro monatlich in Metropolen und von 49 Euro auf dem Land leben muss, versucht die Putin-Administration gleichzeitig, das Wunschbild eines starken Russland wiederzubeleben.

Das Staatsfernsehen zeigt in epischer Breite Putin, den Staatsmann, wie er im September in Jalta eine Art Mini-Sowjetunion mit seinen Kollegen aus Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan besiegelt; wie er eine Militärbasis in Kirgisien als Bollwerk gegen die Amerikaner einrichten lässt; und wie er jedes mäßigende Wort vermeidet, als im Grenzkonflikt mit der Ukraine schon Scharmützel zweier befreundeter Staaten drohten.

Und wie er neue Raketenpläne verkündet – ganz so, als befände sich Russland wieder im Kalten Krieg mit Reagan-Ame-

rika. „Wir haben strategische Langstreckenraketen, die bislang nicht in Dienst gestellt wurden“, teilte er der überraschten Öffentlichkeit am 2. Oktober mit, „die bislang gefährlichsten, mit Hunderten von Gefechtsköpfen“. Damit niemand denke, er bluffe nur, nannte der Kreml-Chef auch gleich den Raketentyp: UR-100 N-UTTCh. Am selben Tag noch ließ er seinen Verteidigungsminister eine neue Militärdok-



Präsident Jelzin, Oligarchen*: Bündnis zur Rettung des Kreml-Chefs

trin verkünden – nach der nun Präventivschläge gegen Staaten und Regionen möglich sind, „von denen eine Gefahr für die nationale Sicherheit Russlands ausgeht“. Gemeint sind auch Nachbarrepubliken, die nach Auffassung Moskaus die Rechte russischer Bürger unterdrücken – die baltischen Staaten fühlten sich sofort alarmiert.

* Im September 1997 mit Wladimir Gussinski, Michail Fridman und Michail Chodorkowski.

In dem Konflikt um Jukos hatte Wladimir Putin wochenlang den überparteilichen Präsidenten gegeben. Eisern schwieg er zu den anschwellenden Attacken auf das Ölimperium. Zwei Tage nach Verhaftung des Jukos-Chefs aber trat er vor sein Kabinett – um „die Hysterie“ zurückzuweisen. Er denke nicht daran, der dringenden Bitte der Industriellen- und Unternehmerverbände um ein Gespräch nachzukommen, denn: Es werde keinen

„Handel bezüglich der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane“ geben. Wenn Chodorkowski verhaftet worden sei, fügte der Präsident hinzu, „so gehe ich davon aus, dass das Gericht Gründe dafür hat“. Vor dem Gericht und dem Gesetz seien alle gleich – egal, „wie viele Milliarden“ auf dem Konto jedes Einzelnen lägen.

War das nicht im Sinne jener „Diktatur des Rechts“, die Putin seinen Landsleuten versprochen hatte – in Abgrenzung zur Praxis des Sowjetstaates, wonach Recht war, was die Kommunistische Partei gerade als Recht empfand? Das klang für manchen im Westen überzeugend. Doch allein schon ein Satz aus der Präsidentenerklärung macht stutzig: Putin beteuerte, dass es im Zusammenhang mit der Sache Chodorkowski zu „keinerlei ähnlichen Präzedenzfällen kommen wird“. Damit legte der Präsident selbst nahe, an dem Milliardär werde ein Exempel statuiert.

Tatsächlich gibt es massenhaft Belege für Auftragsjustiz und Rechtswillkür. Schon bei der Verhaftung des ersten Jukos-Man-



HEIDI BRADNER / PANOS PICTURES

Russischer Soldat im zerstörten Grosny: Präsident Putin ließ seine Truppe wieder ins abtrünnige Tschetschenien einmarschieren

nes, Platon Lebedew, gingen die Untersuchungsorgane nicht zimperlich vor: Sie verweigerten ihm sechs Tage lang den Zugang zu seinen Anwälten, obwohl die voriges Jahr in Kraft getretene Justizreform den sofortigen Kontakt zum Verteidiger vorsieht. Lebedews Anwalt selbst wurde verhört und seine Kanzlei durchsucht.

Zahlreiche Schlüsselprozesse der Putin-Zeit offenbarten, wie Beweismittel gefälscht und Urteile von Moskau vorgegeben wurden. Im Schauerverfahren gegen den als Spion verurteilten Offizier Grigorij Pasko – er hatte Schlamperei im Umgang mit Atommüll bei der Pazifik-Flotte publik gemacht – wurde einfach der Richter ausgetauscht, als es zu einem Freispruch kam. Im zweiten Verfahren blamierten sich die Organe durch gefälschte Durchsuchungsprotokolle. Auffallend auch: Von den politischen Morden, die Putins Amtszeit überschatteten, konnte bislang keiner aufgeklärt werden. Zuletzt starb im April Duma-Abgeordneter Sergej Juschenkow, ein Funktionär der vom Oligarchen Beresowski gegründeten Partei „Liberales Russland“.

Dafür mischen sich Putins Staatsanwälte inzwischen bereits in den politischen Wettbewerb ein. 25 Ermittler stürmten vorvorige Woche die Zentrale einer Moskauer Werbeagentur, die die Duma-Wahlkam-

pagne der oppositionellen Jabloko-Partei organisiert. Sie sprengten die Safes auf und beschlagnahmten vertrauliche Unterlagen über Konzept und Strategie der Liberalen.

Mit von der ungesetzlichen Partei waren, wie meist in solchen Fällen, Männer des Inlandsgeheimdienstes FSB. Die von Nikolai Patruschew, einem Putin-Vertrauten, geführte Organisation zählt inzwischen vermutlich 80 000 Mann, hat selbständige Militärverbände und wieder Vollmachten wie früher das KGB: Mit eigenen Staatsanwälten und Sondereinsatztruppen greifen FSB-Männern bei fast jedem politisch motivier-

Die Solidarität der Geschäftswelt mit ihrem verhafteten Kollegen hielt sich vorige Woche sehr in Grenzen.

ten Verfahren ein; bei der Zerschlagung des Gussinski-Imperiums spielten sie die entscheidende Rolle.

Die Kreml-Politik aus Drohungen und Einschüchterungen zeigt längst die gewünschte Wirkung. Der Sieg der Silowiki, so schwant Boris Nemzow, dem Chef der liberalen Union der Rechten Kräfte, „lässt uns wieder zu einem Land der Spitzel“ werden. Und wirklich: Die Solidarität der russischen Geschäftswelt mit ihrem verhafteten Kollegen hielt sich vorige Woche

sehr in Grenzen. Zweimal traten die Unternehmerverbände zusammen. Doch heraus kam nur eine allgemeine Erklärung, die zudem nicht gegen Putin direkt, sondern die Regierung gerichtet war („Schwere Fehler der Machtorgane haben das Land um mehrere Jahre zurückgeworfen“).

Als sich Putin während der Kabinettsitzung jegliche Kritik an der Regierung verbat, zuckten die meisten Unternehmer denn auch sofort zurück. Selbst viele Oligarchen zogen es vor zu schweigen, wohl wissend, dass auch sie einiges zu verlieren haben. Verbandsvorsitzender Arkadij

Wolski schlug sich gar direkt auf die Seite der Macht: Auch Jukos werde wohl Schuld an der entstandenen Situation

haben, „man muss sich an die Spielregeln halten“.

Die einzige klare Stimme des Protests kam von einem Mann, der Putin künftig noch manches Ungemach bereiten kann: von Anatolij Tschubais, 48, dem Vorsitzenden des russischen Strommonopolisten JES. Er trat vor die Fernsehkameras, um die Verhaftung Chodorkowskis als „unfair und unangemessen“ zu brandmarken. Bald darauf durchsuchten Staatsanwälte ein Stromunternehmen in Nowosibirsk, an dem JES beteiligt ist.

Tschubais könnte der Nächste auf der Kreml-Liste sein. Er war seit 1992 Vizepremier und oberster Privatisierer im Land. 1996 koordinierte er den Wahlkampfstab von Präsident Boris Jelzin; gemeinsam mit den Bossen um Boris Beresowski schaffte er es, den maladen Kreml-Chef noch einmal ins Amt zu hieven. Zur kommenden Duma-Wahl kehrt er in die Politik zurück: auf Listenplatz Nummer drei der Union der Rechten Kräfte, deren eigentlicher Chef und Sponsor der Stromboss ist.

Doch während auf Russlands politischer Bühne ein virulenter Machtkampf tobt, sitzt das Volk im Parkett – und

Rechtsradikale in Moskau: Kampf „gegen Ratten und Juden“



ABRANITE MONIKA / GORBIS SIGMA

schweigt. Tschubais, „Ryschi“, der Rothaarige genannt, ist ihm als „Raubprivatisierer“ ebenso verhasst wie der alerte Jung-Milliardär Chodorkowski. In der reichen Hauptstadt sind 40 Prozent aller Mobiltelefon-Besitzer konzentriert. In der Provinz dagegen wird bestenfalls ein Drittel der Moskauer Löhne gezahlt, jeder Vierte lebt unter dem Existenzminimum, die Wohnungen sind im Winter oft nicht geheizt, und die Lebenserwartung liegt unter der im russischen Zarenreich: Männer werden im Schnitt nicht älter als 59 Jahre.

Vor solch düsterem Hintergrund lassen sich Russlands Oligarchen gut als Sündenböcke vorführen. 70 Prozent aller Russen, so belegen Umfragen, befürworten deren Enteignung. Der soziale Neid bildet mit dem latenten Antisemitismus ein brisantes Gemisch: „Gorbatschow hat die Sowjetunion zerstört“, beschwert sich ein Rentner aus dem sibirischen Irkutsk: „Wem aber hat das genützt? Beresowski, Gussinski, Abramowitsch, Chodorkowski – die Juden haben sich bereichert.“

Sicher, der vom Staat geförderte Antisemitismus der Sowjetzeit ist passé, aber die Parolen der Antisemiten sind unüberhörbar – sie schreiten im Bewusstsein völliger Straffreiheit zur Tat. In Jaroslawl wurde jüngst das Jüdische Kulturzentrum attackiert, in Krasnojarsk ein jüdischer Friedhof verwüstet.

In der Wolga-Stadt Samara sprach ein Gericht einen Mann frei, der sich als Kämpfer „gegen Ratten und Juden“ bezeichnet hatte. Auch mehrere Gouverneure reüssierten mit antisemitischer Programmatik – so die Statthalter von Kursk und Krasnodar, die ihre Landstriche von Juden „befreien“ wollten – um den russischen Staat zu retten.

So kann der Präsident in aller Ruhe und unbehelligt von flächendeckenden Protesten weiter am Gebot der Stunde arbeiten lassen – am Versuch einer nochmaligen Umverteilung des Eigentums zu Gunsten der neuen Elite.

Kollateralschäden in Milliardenhöhe werden dabei billigend in Kauf genommen: die Kapitalflucht aus Russland, acht Milliarden Dollar allein im dritten Quartal nach Beginn der Jukos-Affäre, dürfte 2003 das Vorjahresvolumen überschreiten. Oligarch Roman Abramowitsch, Ex-Chef der Ölfirma Sibneft, hat einen Großteil seines Vermögens bereits flüssig gemacht und ins Ausland transferiert. Zudem wird der von Experten für unvermeidlich gehaltene Rückgang ausländischer Direktinvestitionen durch den entstandenen Vertrauensverlust die ohnehin gewaltige Abhängigkeit Russlands vom Rohstoffexport weiter vergrößern.

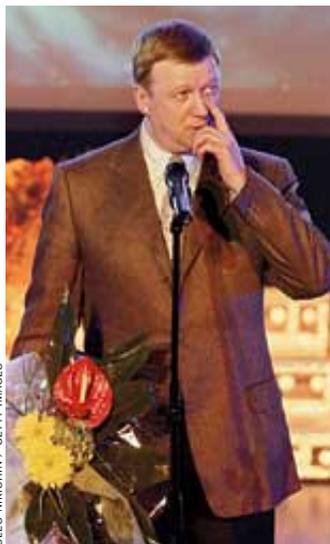
Mit der Verhaftung Chodorkowskis aber, und mit dem Rücktritt des drittstärksten Mannes im Staat, des Leiters der Präsidentschaftsverwaltung, Alexander Woloschin, ist das Gleichgewicht der Macht im Kreml,

das Putin ruhiges Regieren garantierte, zu Bruch gegangen. Dem Ausscheiden Woloschins, der als wichtigster Verbindungsmann der Oligarchen und ranghöchster Vertrauter der Jelzin-Familie im Apparat galt, wird in Moskau entscheidende Bedeutung beigemessen für die Neuordnung der Machtverhältnisse. Von einem „Elitenwechsel“ in Russland, der den „Vektor der Entwicklung“ im Land umzukehren verspreche, ist in Kommentaren die Rede.

Immerhin: Woloschin-Nachfolger Dmitrij Medwedew, 38, ist kein Mann des FSB, sondern Jurist wie Putin und dessen Bekannter aus der Petersburger Zeit. Aber wohl kaum mehr als ein schlichter Verwalter. Putin soll versucht haben, Woloschin, die graue Eminenz der Jelzin-Tage, im Amt zu halten – ein Beleg, dass ihm die Kontrolle über die Situation aus der Hand zu gleiten droht: Die Stärkung der Silowiki mag in seinem Sinne sein, eine Machtübernahme aller wichtigen Funktionen durch Geheimdienstler und Militärs dürfte ihm aber eher unangenehme Perspektiven eröffnen: Er weiß, wie gefährlich die Männer im Schatten werden können, sind sie unkontrolliert.



OLEG NIKISHIN / GETTY IMAGES



SYSOJEV GRIGORY / ITAR-TASS / ELANCE MEDIA

Politiker Woloschin, Tschubais: Moskauer Elitenwechsel

Doch noch ist nicht sicher, ob der Präsident den Machtkampf gegen den Ölbaron wirklich und dauerhaft gewonnen hat.

Auf jede nur erdenkliche Art und Weise gab die Staatsanwaltschaft in letzter Zeit zu verstehen, Chodorkowski solle möglichst schnell das Land verlassen. Tscheikisten suchten die Schule auf, in die seine zwölfjährige Tochter geht, befragten Freundinnen und baten die Lehrer um ein Dossier über das Mädchen – „nicht einmal die Banditen, die Anfang der neunziger Jahre Un-

ternehmer erpressten, hatten deren Kinder angerührt“, kommentierte die „Nowaja gaseta“. Chodorkowski selbst empfand die Aktion als „unzumutbar in einer Zivilgesellschaft“.

Dass MBC noch eine Chance hat, glaubt Konstantin Remtschukow, bis vor kurzem Aufsichtsratschef im Imperium des Oligarchen Oleg Deripaska: „Chodorkowski kann sich retten, wenn er die eine Milliarde Dollar Strafe zahlt. Im Gefängnis hat er Zeit, darüber nachzudenken.“ Nach Begleichen einer solchen nicht wieder einklagbaren Kaution könnte der Sträfling dann ins Ausland reisen – auf Nimmerwiedersehen. Beim SPIEGEL-Gespräch im September machte der Oligarch klar, dass er

nicht an einen Gang ins Exil denkt, er gab sich als Patriot. „Ich habe keinen zweiten Pass. Ich besitze nicht einmal Immobilien im Ausland. Meine Zukunft liegt in Russland, in meiner russischen Heimat allein.“

Die Heimat – das ist für Michail Chodorkowski in diesen Tagen nicht mehr die sibirische Weite, in der er nach Öl bohrt. Das ist eine drei mal fünf Meter große Zelle, die er mit zwei Verbrechern teilt.

ERICH FOLLATH, UWE KLUSSMANN, WALTER MAYR, CHRISTIAN NEEF



ITAR-TASS / BILDERBERG

Präsidenten Putin, Bush (im Juni in St. Petersburg): Wunschbild vom starken Russland